

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 16 (1989)
Heft: 3

Artikel: Laufbahn und Gedanken einer Schweizer Politikerin : eine Genferin in Bern
Autor: Bauer-Lagier, Monique
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-909969>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

angetönt – ist die noch weit verbreitete ungleiche Entlohnung von Mann und Frau für gleichwertige Arbeit. Sollte hier nicht das Parlament ein Machtwort sprechen?

J.S.: Heute meine ich, dass der Verfassungsgrundsatz der Lohngleichheit durch ein Ausführungsgesetz konkretisiert werden muss. Die Gerichte sind offensichtlich überfordert, diese an sich direkt anwendbare Verfassungsbestimmung zu interpretieren. Einfach ist es tatsächlich nicht. Gerade deshalb ist es nötig, dass das Parlament diese Frage in einem Gesetz regelt und auch definiert, was gleichwertige Arbeit ist. Vor allem muss ein Klagerecht für Verbände und Gewerkschaften eingeführt werden, denn die einzelne Frau wagt oft nicht, ihren Arbeitgeber vor den Richter zu bringen.

SR: Wir danken Ihnen für dieses Gespräch.
Interview: Jürg Müller

Die Präsidentin

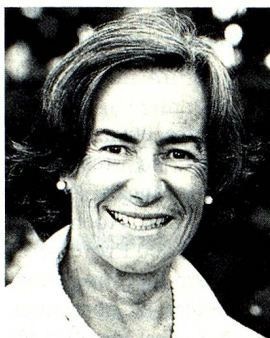
Judith Stamm, seit Anfang Jahr Präsidentin der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen, ist seit 1983 Luzerner Nationalrätin und Mitglied der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP). Von 1971 bis 1984 war sie Mitglied des Grossen Rates des Kantons Luzern. – Aufgewachsen ist die 1934 geborene Judith Stamm in Zürich, wo sie auch ihr Rechtsstudium (Dr.iur.) abschloss. Sie war während vieler Jahre bei der Kantonspolizei Luzern tätig und wurde als erste Frau der Schweiz Polizeioffizierin. Heute ist sie Jugendanwältin.



Gleiche Arbeit – aber häufig ungleiche Entlohnung. (Fotomontage: Lisa Schäublin)

Laufbahn und Gedanken einer Schweizer Politikerin

Eine Genferin in Bern



Es grenzt an ein Wagnis, vierzehn Jahre Parlamentserfahrung in einigen Zeilen zusammenfassen zu wollen: Meine überraschende Wahl in den Genfer Grossrat im Jahre 1973, die Wahl in den Nationalrat zwei Jahre später, und dann die beiden Legislaturperioden im Ständerat, wo ich während acht Jahren die Republik und den Kanton Genf vertrat. Meine politische Laufbahn begann spät, verlief schnell, war begeisternd und enttäuschend zugleich und hatte, wie jedes menschliche Unternehmen, ihre Licht- und Schattenseiten.

Ich war 50 Jahre alt, als ich mich zum erstenmal als Kandidatin aufstellen liess, und zwar auf der Liste des Parti libéral, der schon von mehreren meiner Vorfahren im Gemeinderat von

Onex vertreten worden war. Meine drei erwachsenen Töchter hatten mich kaum mehr nötig, und mein Gatte, von seinem Beruf als Arzt voll in Anspruch genommen, ermunterte mich dazu. Ich war eine privilegierte Frau und fand es deshalb richtig, meine Erfahrung und meine Zeit in den Dienst des Gemeinwesens zu stellen. Öffentliche Angelegenheiten interessierten mich, und ich war bereit, neue Verantwortung zu übernehmen. (Ich war schon zuvor Mitglied mehrerer offizieller Kommissionen.)

Gleich nach meiner Wahl engagierte ich mich mit Enthusiasmus. Ich hatte in der Politik nichts zu gewinnen und nichts zu verlieren. Diese Sicherheit, gepaart mit dem Willen, für meine Person Politik und Ethik in Übereinstimmung zu halten, der Stimme meines Gewissens mehr zu gehorchen als Parteiparolen, machte mich geistig völlig unabhängig. Dies trug mir, nebst einigen Äusserungen von Anfeindung, zu ungezählten Malen Ermunterung ein.

In mehrfacher Hinsicht gehörte ich zur Minderheit: Als Frau (17 weibliche Abgeordnete unter 244 Parlamentsmitgliedern im Jahre 1975), als Romande (ein knappes Fünftel der Schweizer Bevölkerung lebt in der französischsprachigen Schweiz), als Vertreterin einer kleinen Partei, die nicht im Bundesrat vertreten ist, und schliesslich auch in bezug auf meine politischen Ansichten. Neben Vorstössen zur Gleichberechtigung von Mann und Frau, zur Aufnahme von Fremdarbeitern und Flüchtlingen und zur Militärdienstverweigerung galt der Grossteil meiner Voten dem Umweltschutz, dem Ost-West-Konflikt, der Anhäufung von Massenvernichtungsmitteln und dem sich vertiefenden Graben zwischen Nord und Süd.

Seit Beginn der siebziger Jahre war mir nämlich bewusst geworden, welcher Art die Bedrohungen sind, die am Ende dieses zweiten Jahrtausends auf der Menschheit lasten. Ich engagierte mich deshalb privat und politisch für das Energiesparen und den Einsatz erneuerbarer Energien, gegen den Schnellen Brüter Creys-Malville vor den Toren Genfs und generell gegen die zivile wie militärische Nutzung der Atomenergie (diese beiden lassen sich nicht voneinander trennen!), für eine aktivere, dynamischere Politik der «guten Dienste» der Schweiz zugunsten des Friedens und für eine gerechtere Teilung der Ressourcen dieses Planeten zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.

Wer sich zur Hauptsache um das Gemeinwohl kümmert und um den Zustand der Welt, die wir unseren Kindern hinterlassen, sieht sich mit einem politischen Umfeld konfrontiert, das sich – von seltenen Ausnahmen abgesehen – mehr mit Tagesgeschäften befasst als sich Gedanken über die Zukunft zu machen. In diesem Umfeld stehen in erster Linie kurzfristige wirtschaftliche Kriterien im Vordergrund. Entsprechend eng sind diese Politiker mit Geschäftskreisen verbunden, die grosszügig Verwaltungsratssitze verteilen. Jene, die anders denken, reden und handeln, können sich nicht selten als Rufer in der Wüste fühlen. Persönlich bin ich überzeugt, dass dem nicht so ist. Ich habe dabei das Engagement all der Männer und Frauen vor Augen, der immer zahlreicheren jungen Leute, der Wissenschaftler und gar der Kirchen, die vor kurzem anlässlich der Europäischen Ökumenischen Versammlung in Basel beschlossen haben, gemeinsame Anstrengungen zum Schutz des bedrohten Lebens zu unternehmen.

Die Zeit drängt!

Doch erkennen wir auch die Zeichen der Hoffnung!

Monique Bauer-Lagier